

2. Januar 2003

Das Trittinsche Dosenpfand

So mancher Autofahrer dürfte sich am Neujahrstag gewundert haben, wenn er sich, von München nach Berlin mit dem Mietwagen unterwegs, an einer Nürnberger Autobahnraststätte eine Cola kaufen wollte und ihm daraufhin ein Kassenbon ausgehändigt wurde, der ein Pfand von 25 Cents auswies. Nein, nicht wie Sie glauben, keine Cola-Dose, sondern eine Cola-Plastikflasche, denn nach Herrn Trittin unterliegen selbstverständlich auch Plastikflaschen dem Dosenpfand. Darüber nachgedacht, wie jemand, wenn er erst in Berlin sein Auto abgegeben hat, an die Nürnberger Autobahnraststätte zurückkommen soll, um dort sein Pfand einzulösen, wird er wohl nicht haben. Daß dies eine Menge extra Sprit kosten wird, läßt darauf schließen, daß dieses Konzept ebensowenig umweltfreundlich wie ökologisch sinnvoll ist. Somit ist jemand, der sich unterwegs einen Trinkvorrat besorgen möchte, um nicht verdursten zu müssen, genötigt, sich vor Abfahrt einen Wasserbauch anzutrinken, um auch eine größere Durststrecke durchstehen zu können, oder er wird das Essen am Steuer eben trocken hinunterwürgen müssen. Künftig wird also jeder Kostenbewußte so lange an der überfüllten Autobahnraststätte ausharren müssen, bis er die 1-Liter-Flasche geleert hat. Doch wer würde wirklich ernsthaft über eine solche Alternative nachdenken; also wirft er seine Dosen weiterhin einfach auf den Müll, denn ein anderer kann schließlich ohne den Kassenbon auch nichts damit anfangen. Nur der gebeutelte Einzelhandel freut sich, daß er Pfand abkassiert hat, aber keines mehr ausbezahlen muß. Bloß - irgendwann wird der Bürger die Lehren daraus ziehen und sich der Pfandflaschen solange enthalten, bis er sie wirklich überall zurückgeben kann. Aber das soll ja im Laufe des Jahres kommen, und in der Zwischenzeit muß der Steuerzahler mit dieser Schikane eben vorliebnehmen. Die Entsorgung des Rückguts, die bislang von den Kommunen geleistet wurde oder die der Konsument weitgehend auf eigene Kosten übernommen hat, muß nun zusätzlich durch die Hersteller erfolgen, getreu dem Verursacherprinzip. Letztere können die Getränke aufgrund der entstandenen Mehrkosten natürlich nicht mehr zum gleichen Preis anbieten wie bisher, so daß aus einem Gesetz wie diesem eine allgemeine Verteuerung resultiert, und das in einer Phase wirtschaftlicher Rezession. In der Regel sind die zurückgegebenen Plastikflaschen und Aludosen im Gegensatz zu genormten Flaschen aus Glas nicht ein zweites Mal verwendbar und müssen, wollte man nicht das Mehrwegpfand gänzlich ad absurdum führen und das Rückgut nach dessen Einzug lediglich gesammelt auf den Müll werfen, in ihre Grundstoffe zerlegt werden. Damit wäre das neu eingeführte Verfahren also rein als erzieherische Maßnahme wider die Bevölkerung zu begreifen, um sie für ihre Gedankenlosigkeit im Umgang mit Hinterlassenschaften zu bestrafen. Ungerecht daran ist nur, daß dabei alle über einen Kamm geschoren werden, die mit dem Problem bewußt Umgehenden genauso wie die Sorglosen. Daß Recyclingverfahren mit im Überfluß vorhandenen Rohstoffen wie Silizium oder Aluminium aus wirtschaftlicher Sicht unsinnig sind und bloß Verteuerungen nach sich ziehen, auch nicht die gewünschte Zahl von Arbeitsplätzen bringen, sondern rein einer Mülllobby schmeicheln, muß Grünenpolitikern erst noch beigebracht werden. Auf die Idee, wie in den "sauberen" Ländern auch, ausreichend Abfallkörbe und Mülltonnen bereitzustellen und die Entsorgung von entsprechenden Billigarbeitskräften lösen zu lassen, anstatt die Sozialsysteme noch stärker zu belasten, ist in Deutschland wohl noch niemand gekommen? Weiter so, Herr Trittin, Sie verdienen dafür einen Tritt in den Hintern!